

Ressort: Politik

Beck: Ärger der Breitscheidplatz-Hinterbliebenen verständlich

Berlin, 12.12.2017, 19:34 Uhr

GDN - Der Beauftragte der Bundesregierung für die Opfer und Hinterbliebenen des Anschlags auf den Berliner Weihnachtsmarkt Kurt Beck (SPD) hat Verständnis für die Kritik am Umgang der Bundeskanzlerin mit den Angehörigen der Anschlagsoffer geäußert. Auch von Angela Merkel (CDU) sei ein Treffen mit den Angehörigen erwartet worden, sagte Beck der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (Mittwochsausgabe).

Die Betroffenen hätten das Gefühl, "dass ihr Opfer nicht ausreichend gewürdigt worden ist". Merkel wird am 18. Dezember, also einen Tag vor dem Jahrestag des Anschlags vom Breitscheidplatz, erstmals mit den Angehörigen zusammentreffen. Diese hatten die Kanzlerin kürzlich dafür in einem offenen Brief scharf kritisiert. Es sei eine Frage des "Respekts, des Anstands", dass die Bundeskanzlerin den Verlust eines Familienangehörigen aufgrund eines terroristischen Aktes anerkenne. Merkel habe jedoch bisher weder persönlich noch schriftlich kondoliert. "Ich verstehe den Ärger", sagte Beck. Er verwies auf den Umgang Frankreichs mit Angehörigen von Terroropfern. Dort habe der Präsident Anteilnahme in Form eines Staatsaktes gezeigt und mit den Betroffenen gesprochen. Die Bundesrepublik lerne momentan den Umgang mit Terrorismus, sagte Beck. Sowohl was den Schutz vor Terroranschlägen als auch was die Verzahnung der Hilfe von Betroffenen angehe. Der frühere rheinland-pfälzische Ministerpräsident will am Mittwoch im Bundeskabinett den Abschlussbericht seiner Tätigkeit als Beauftragter der Regierung für die Opfer vorstellen. Union, SPD, Grüne und FDP wollen zentrale Forderungen Becks in einem Antrag aufnehmen, der diese Woche im Bundestag beschlossen werden soll, darunter eine höhere finanzielle Entschädigung sowie zentrale Anlaufstellen auf Bundes- und Länderebene für Terroropfer und Angehörige. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sprach sich am Dienstag dafür aus, Angehörige der Opfer des Berliner Terroranschlags rückwirkend zu entschädigen. Opfer von Anschlägen müssten einen Anspruch auf Entschädigung haben, sagte de Maizière der Funke-Mediengruppe. Er werde dafür eintreten, "dass eine Neuregelung rückwirkend in Kraft tritt, damit auch die Angehörigen der Opfer des Breitscheidplatzes diese in Anspruch nehmen können".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-99135/beck-aerger-der-breitscheidplatz-hinterbliebenen-verstaendlich.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619